

gewaltige in allen Formen zu entfalten und erfolgreich zu führen.
 Darum haben wir uns die Aufgabe gestellt, diese zweite Woge der antifaschistischen Aktion im Zeichen der zentralen Forderung durchzuführen: „Tragt die antifaschistische Aktion in die Betriebe!“ Im Sinne dieser Forderung hat das Zentralkomitee der antifaschistischen Betriebskampfgruppen angeordnet, auf die es alle Kräfte der Partei und der revolutionären Arbeitermassen zu konzentrieren gilt.

Aber darüber hinaus müssen wir in unserer gesamten Arbeit, im inneren Leben der Partei und in ihrer täglichen Praxis, wie an allen Fronten des Massenkampfes, jene Umstellung vollziehen, deren Wesen darin besteht, das Schwergewicht unserer Arbeit in die Betriebe zu verlegen und dort immer mehr zu verankern. Man braucht kaum erst darauf hinzuweisen, daß diese Umstellung, bei der auch die große Rolle der Betriebsleitungen und Arbeiterkorrespondenzen betont werden muß, auch vom Standpunkt des drohenden Parteiverfalls eine brennende Notwendigkeit ist. Man braucht auch nicht erst umständlich zu beweisen, wie dringend diese Aufgabe angesichts der neuen ökonomischen Hungeroffensive des Kapitals gegen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten ist. Die gesamte Situation und die unmittelbare Perspektive der Entwicklung erfordern es von uns, in der Frage der Eroberung der Betriebe für den revolutionären Kampf, in der Frage der Streikmobilisierung der Betriebsarbeiterschaft rasch und entscheidend vorzugehen. Solche Beispiele wie der belgische Bergarbeiterstreik müssen anfeuernd wirken. Was wir jetzt brauchen, das ist die wirkliche Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung neben der ADO in den freien und öffentlichen Gewerkschaften unter Einbeziehung sozialdemokratischer und freigezwirtschaftlicher Arbeiter und verstärkte Organisation der aktiven Erwerbslosenbewegung. Unter der Führung des Ausschusses aller Nazis aus den Gewerkschaften und der Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter müssen wir vorstehen.

Die objektiven Voraussetzungen dafür, in den Betrieben die Führung der Arbeiterkraft zu gewinnen, die Arbeiter in den Kampf zu bringen, und diesen Kampf zum ernsthaften Erfolg zu führen, sind gegeben. Alles hängt von unserer Politik, von unserer Initiative, von unserem Elan, von unserer richtigen Methoden ab.

Die Streikwelle steigt!

Schon Wochen vor Erlass der neuen Papen-Notverordnung haben die Unternehmer die Lohnabbauoffensive verschärft. Für Hunderttausende von Arbeitern sind schon zum 31. August die Löhne gesenkt worden, wie in der schieflichen Textilindustrie, wo seitdem ein tarifloser Zustand besteht. Unter oppositioneller Führung haben sich in Sachsen schon mehrere Belegschaften gegen betriebliche Vorhänge der Unternehmer mit der Waffe des Streiks wehren müssen, in den meisten Fällen mit Erfolg, z. B. bei der Firma Liebertmann in Falkenau.

Am 7. September haben nun für die westfälische Textilindustrie die ersten Schlichtungsverhandlungen stattgefunden. Dort forderten die Unternehmer für die hungernden Textilarbeiter einen neuen Lohnabbau bis zu 20 Prozent. Also neben dem einschneidenden Lohnabbau, wie er infolge der neuen Papen-Notverordnung droht, wollen die Textilkapitalisten die erbärmlichen Löhne noch mehr um 20 Prozent senken.

Jeder Arbeiter kann an diesem Beispiel erkennen, was droht, wenn jetzt auch noch nur der geringste Lohnabbau kampflos hingenommen würde. Aber die Zeichen mehren sich, daß die Arbeiter sich einigen und zu verstärkter Gegenwehr übergehen. Die Streikwelle steigt.

Ein gutes Kampfbeispiel bietet der Kampf der niederschlesischen Metallarbeiter gegen einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent. Mit Einschluß der sozialdemokratischen Kollegen leiteten die Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre die Kampfbanner durch, es streikten bereits 2500 Arbeiter, die Arbeiter der Maschinenfabrik Kaupach in Göditz, der Maschinenfabrik in Kleska, der Karis-Hütte in Waldenburg, der Reul-Hütte in Reula, der Kronwerke und der Firma Strömbs & Freudenberg in Schweidnitz. Die Massen der Arbeitlosen üben volle Solidarität. Dieser Kampf im schlesischen Hungerrevier widerlegt das Geschwätz jener Saboteure, die behaupten, daß man wegen der großen Arbeitslosenarmee nicht streiken könne.

Auch beim Streik der etwa 220 Arbeiter der Maschinenfabrik Krause in Leipzig, der ungeschwächt weiter geht, üben die Arbeitlosen volle Solidarität. Einige Nazi-Kreisler sind auf Anweisung der Nazi-Führer als Streikbrecher in den Betrieb gegangen, doch die Arbeitlosen halfen mit bei der Organisation des Streikschlages, so daß die Streikbrecher bis auf einzelne von ihrem schändlichen Werk Abstand nahmen. Verzeichnend ist, daß das Leipziger Naziorgan unter dem Druck der Massen selbst schrieb, daß die Nazi-Partei ihre Texte aus dem Reichlich zurückgezogen habe.

In Hamburg geht der Streik in der größten dortigen Maschinenfabrik Henschel & Haack & Wölff weiter. Auch dort sind wohl eine Anzahl Streikbrecher aufgetreten, doch handelt es sich wieder um nationalsozialistische Elemente, die Massen der Arbeitlosen unter Führung der Streikenden mit allen Kräften.

Das Geschwätz, daß angesichts der großen Arbeitslosenzahl keine Streiks geführt werden könnten, ist um so weniger stichhaltig, als wir sehen, daß die Arbeitlosen selbst, die zu Wohlfahrtsarbeiten kommandiert wurden, an allen Ecken und Enden in den Streik treten. Selbst unter den besonders schweren Bedingungen, unter denen die Pflichtarbeiten kämpfen müssen, haben sie schon in zahlreichen Fällen Streikfolge erzielt. Von den zahlreichen Wohlfahrtsarbeiten ist besonders bedeutungsvoll der Kampf einiger hundert Arbeiter bei der Flugregulierung der Hunte in Oldenburg, der gegen die untragbaren Arbeitsbedingungen der Oldenburger Nazi-Regierung durchgeführt wird.

Die gewaltigen Streikbewegungen der belgischen Bergarbeiter, der englischen Textilarbeiter, der dänischen Hafenarbeiter, der Hafenarbeiter von Gdingen haben in Deutschland ein immer härteres Echo gefunden. Mehr und mehr erkennen die deutschen Arbeiter, daß die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums nur im entschlossenen Kampf paralytisch werden kann.

In den nächsten Tagen wird sich der Kulkarn des Unternehmertums aus vielfachen Gründen, in tausenden Betrieben werden die Kulkarn einer neuen Lohnabbau durchzuführen werden.

Die antifaschistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen wieder den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen.

Die Betriebsräte sind auf ihre eigene Kraft und Initiative angewiesen, sie müssen sich aber auch dieser gewaltigen Kraft bewusst werden. In jedem Betrieb müssen sich die Arbeiter einigen in dem offenen Willen, einen Lohnabbau nicht hinzunehmen. Druck und Bestechung müssen die Belegschaften gegenseitig Verbindung miteinander aufnehmen.

Wichtig kann die Unterstützung durch die Partei, durch die Arbeitervereine und die Arbeitervereine zu sein und diese Fortschritte im Kampf weiterzuführen.

Einmal antifaschistische Aktion in jedem Betrieb!

Nazifurcht vor Parlamentsauflösung

Gegen Regierungshandeln mobilisiert den außerparlamentarischen Kampf

Berlin, 10. September 1932 (Eig. Drahtbericht).
 Reichspräsident Hindenburg wird am nächsten Dienstag in Anwesenheit des Reichstages Papen die Parteiführer der Nationalsozialisten und des Zentrums empfangen. Wegen dieser Besprechung wird die politische Aussprache im Reichstag erst am Mittwoch beginnen, nachdem Papen am Montag die Regierungserklärung abgegeben hat. Die Reichstagsführer können immer noch nach einer Form, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden und die Unterjüngung der Notverordnungslösung, wie sie Papen durchführt, fortzuführen. Das Berliner Naziorgan, der „Angriff“, schrieb gestern:

„Eine Resolution, die die Auflösung des Reichstages vermeiden könnte, wäre für die NSDAP nur insofern tragbar, als ihr dabei das gegeben wird, was ihr auf Grund der Verfassung zukommt.“

„Das ist das Angebot, gegen personelle Zugewinne ein Präsidialkabinett weiterhin zu unterstützen und zu tolerieren.“

Goering verteidigt die Koalitions-politik

Vor einigen Tagen sprach der NSDAP-Reichstagspräsident Goering bei einer Veranstaltung der Berliner SS. Obwohl die SS hier unbedingt zurecht ist, hatte es Herr Goering nicht leicht, den parlamentarischen Kurs zu verteidigen. „Sie wissen genau, daß wir das Parlament nicht ge-

wünscht haben, aber man hat uns gezwungen, diesen Weg zu gehen, um uns auf einer Ebene zu bewegen, auf der wir die Mehrheit zu finden gewohnt waren. Man hat uns gezwungen, indem man Reichsregierungen aufstellte und Kartellpartien aufbaute.“

So sagte Herr Goering den lauschenden SA- und SS-Männern, von denen viele ein recht lautes Geschrei ob dieser Rede machten. Ihnen wollte das mit dem „Zwingen“ nicht einleuchten.

Nachdem Goering den „revolutionären“ Weg ausgesprochen und den parlamentarischen Kurs als einzigen Weg zur Macht hingestellt hatte, ging er zur offenen Verteidigung der Koalitionspolitik über:

„Man scheint auch zu vergessen, daß uns die Einseitigkeit über unsere Koalitionspolitik nicht mehr ärgert. Unsere Koalitionsoverhandlungen müssen uns schaden, aber die Tatsache, daß ein Herr von Papen regiert, das nützt uns überhaupt nicht.“

Viele SA- und SS-Leute sind nicht dieser Anschauung. Sie waren sehr überrascht über das schamlose offene Bekenntnis zur Koalitionspolitik. Sie fühlten die ganze Verlogenheit — der niederrückigen Betrug ihrer Führer. Vor wenigen Wochen, als nämlich der Verhandlungsleiter mit Hindenburg, haben Goering, Straher und Goebbels erklärt: Wir wollen die ganze Macht — wir teilen nicht — entweder alles oder nichts! Und jetzt — derselbe Führer mit der „Schwarzen Systempartei“ und die Ministerposten.

Proteststreik gegen Notverordnung

Eisenbahner-Betriebsbelegschaften gegen den Wirtschaftsplan der Papenregierung

Erfurt, 9. September 1932 (Eig. Bericht).

Die Belegschaft des Reichsbahnbauunternehmens der Eisenbahnen beantwortete am Mittwoch die Befehlsaufgabe der Papen-Notverordnung mit einem halbseitigen Proteststreik. Während der Betriebsversammlung, in der zu dieser ungeheuerlichen Notverordnung Stellung genommen wurde, erließen die Betriebsbelegschaften und forderte zur Schlichtung der Verammlung auf. Die Belegschaft antwortete darauf mit der Durchführung eines halbseitigen Proteststreikes gegen die Notverordnung. Die Direktion hat für die Zukunft Gegenmaßnahmen angekündigt, hat aber dadurch den noch engeren Zusammenbruch der Belegschaft des RNB herbeigeführt. Die Kollegen des RNB sind gewillt, jede evtl. Mäßigung mit sofortigem Streik zu beantworten und den Kampf gegen die Papenische Notverordnung zu verschärfen.

Betriebe protestieren

Die Bauarbeiter auf der Bauhalle Strahlenbahn Leubach nahmen gestern in einer Belegschaftsversammlung zur Papen-Notverordnung Stellung und nahmen einstimmig eine Protestentscheidung an, in der sie ihre Bereitschaft zum Ausbruch dringen, gegen jeden Versuch notverordnungsmäßigen Lohnabbau den Streik zu organisieren. Heute sollen in den abgelaufenen Stunden der Bauhalle gleiche Versammlungen stattfinden. Zum Zeichen der aktiven Solidarität mit den Textilarbeitern sammelten die Bauarbeiter 1.000 Mark für den Textilarbeiterkampf.

Die Protestbewegung der Arbeiter in den Betrieben gegen die letzte Notverordnung der Papenregierung zeigt sich täglich durch Proteststreiks, Versammlungen und Entschuldigungen beim

gen die Belegschaften zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind einen weiteren Abbau ihrer Hungerlöhne hinzunehmen.

Die Belegschaft der Bauhalle Berg in Weinersdorf i. Sa. führte sofort nach Erlass der Notverordnung einen einseitigen Proteststreik durch.

Am 7. September trat die gesamte Belegschaft des Konsumvereins Limbach in einen halbseitigen Proteststreik. Sämtliche Verteilungsstellen waren während dieser Zeit geschlossen. Gleichzeitig beschloß die Konsumbelegschaft, je einen Stundenlohn an den Streikfonds der Textilier abzuliefern.

Die Arbeiter der Textilfirma Steigmann in Limbach nahmen in einer Betriebsversammlung Stellung gegen die Notverordnung und beschloßen, gegen jeden Lohnabbau den Kampf aufzunehmen.

In einer Belegschaftsversammlung der Schachtanlage Bollen 1-3 in Rixhörd (Ruhgebiet) protestierten die Kampfbereitschaften gegen die Durchführung der Notverordnung und beschloßen, den Streik gegen weiteren Lohnabbau vorzubereiten.

Eine Bergarbeiterversammlung in Bergkamen (Ruhgebiet) beschloß die sofortige Schaffung einer gemeinsamen Kampfbereitschaft aller Arbeiter gegen die Ausnahmspläne der Unternehmer.

Der Arbeiterrat der Firma Kautz in Mannheim wendet sich in einer Entschuldigungschrift gegen die Papennotverordnung und gelobt, die Belegschaft zum Kampf gegen jede Verschlechterung zu mobilisieren.

Der Betriebsrat der Schuhfabrik J. P. Schmidt in Birnborn beschloß, bei Durchführung der Notverordnung die Belegschaft in den Streik zu führen.

Verboten! „rote Fahne“ auf vier Wochen „Antifaschistische Aktion“ auf 1/2 Jahr

Die rote Fahne wurde am Donnerstag schon wieder vom Berliner Polizeipräsidenten auf 4 Wochen verboten. Die Veröffentlichung der Verbotgründe ist unterlag. Am gleichen Tage, an dem der Berliner Polizeipräsident das Zentralorgan der kommunistischen Partei verbot, hat er auch die Zeitschrift „Antifaschistische Aktion“ auf 6 Monate — jedes Monate — bis zum 28. Februar 1933 verboten.

In der Begründung des Verbots der „Antifaschistischen Aktion“ heißt es:

„In Nummer 1 der periodischen Traktatur „Antifaschistische Aktion“ vom Juli 1932 wird in dem Artikel: „Verbot der Nazis von den Faschisten“ im Selbstakt in Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende wegen ihrer politischen Betätigung aufgefordert. Ferner wird die Reichsregierung in dem Artikel: „Was will die antifaschistische Aktion?“ dadurch beschimpft und böswillig verächtlich gemacht, daß behauptet wird, die SA sei deshalb zugelassen worden, um jeden Kampfmitteln der Weltbürger im Blute zu erlösen.“

In Nr. 2 vom Juli 1932 wird auf Seite 4 des Hauptblattes in dem Artikel: „Wie können wir den Krieg verhindern?“ aufgefordert zur Umgestaltung eines Krieges durch Verhinderung von Kriegproduktion und Kriegstransporten, durch passive Resistenz, Streiks, Sabotage usw. Das Beispiel, das die deutsche Arbeiterklasse geben werde, so führt der Artikel weiter fort würde keine Wirkung auf die französischen Klassenbrüder nicht verhehlen usw. Es wird hier also zum Ungehörigen gegen Gesetze aufgefordert, auch werden durch die Veröffentlichung derart landesverräterische Ziele (S. 4, Str. 6. A.) lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet. Ebenso werden durch den Artikel: „Der Staatsstreik in Preußen“ auf Seite 2 der Nummer 3 unwohler Tatsachen behauptet; denn es handelt sich nicht um einen Staatsstreik, sondern um eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Notverordnung.“

Auf Seite 4 der Beilage zu Nummer 2 wird in dem Artikel „Kampf den Saboteuren der roten Einheit“ zum gewaltigen

Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgefordert, denn anders kann der Sieg: „Nicht im parlamentarischen, sondern im außerparlamentarischen Kampf wird die Macht der Bourgeoisie gebrochen“ nicht ausgeführt werden.

Das Verbot ist hiernach begründet und die Verbotsdauer mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit gerechtfertigt. Durch eine Warnung kann der erstrebte Zweck nicht erreicht werden.“

Arbeiter, verteidigt eure Presse, mobilisiert die Betriebe in Protesten gegen den ungeheuerlichen Verbotserlass gegen die kommunistische Presse! Nun erst recht Massenwerbung für die Arbeiterstimme und das illustrierte Volksoch.

Nazi-Nachtübungen — „nicht anmeldspflichtig“

Dresdner Nazi-Kräfte führten gestern bei Gönsdorf Nachtübungen durch, wobei sie sich begehrenmäßig auch um den Galtshof herumdrückten, in welchem ein Generalappell der revolutionären Organisationen durchgeführt wurde. Als ein Polizeiposten auf die umherirrenden Nazis aufmerksam gemacht wurde und dieser daraufhin die Amtshauptmannschaft anrief, soll ihm der Regierungskommissar Chrombach erklärt haben:

„Diese Übungen sind nicht anmeldspflichtig und ich habe keine Verantwortung, sie zu verbieten.“

Diese unerhörte Auslassung liegt in der von uns schon oft gefennegelten Linie der direkten Ermunterung der in ihrem mörderischen Treiben trainierenden Nazibanden, gegen deren Terror die Arbeiterklasse sich im roten Massenstreik vereinigen muß!

SPD-Gemeindevertreter kommt zur SPD

In einer gestern stattgefundenen öffentlichen Versammlung in Brehren bei Wehlen trat der sozialdemokratische Gemeindevertreter, Genosse Colas Adolph, zur kommunistischen Partei über. In einer Erklärung sprach er mit der arbeitervorkämpferischen Politik der SPD-Führer ab und selbst alle seine bisherigen Parteigenossen an, ihm auf dem Wege zur antifaschistischen Aktion zu folgen.

Schrittweise „Arbeitsbeschaffung“

Die Direktion der Abwehr-Grube bei Wildau (Ostpreußen) hat 200 Arbeiter zum 14. September gefeuert.

Achtung, Ortsleitungen und PZO!

Die Bezirksleitung hat beschlossen, in der Woche vom 9. bis 23. Oktober 1932 eine

Werbekampagne für die kommunistische Presse

durchzuführen. Nähere Anweisungen erfolgen in den nächsten Tagen in einer besonderen Nummer des „PZO“. Tragt Sorge dafür, daß in allen Betriebs- und Straßenzellen, in allen Ortsgruppen, Massenorganisationen usw. zu dieser Kampagne Stellung genommen wird. An den Sonntagen des 9., 16. und 23. Oktober dürfen keine größeren Versammlungen stattfinden. Bezirksleitung der SPD Sachsen.